

Kantone wollen Gewalt im Sport nicht mehr dulden

Polizeidirektoren verweisen auf Beispiele im Ausland und wollen härteres Vorgehen

Die kantonalen Polizeidirektoren wollen Gewalt im Umfeld von Fussball- und Eishockeyspielen nicht mehr länger hinnehmen. Nach einer Reise in andere europäische Städte haben sie am Freitag in Zürich entschlosseneres Vorgehen und gemeinsames Handeln aller Beteiligten gefordert.

(ap) Eine Delegation der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hat Anfang August mit Spezialisten vom Bundesamt für Polizei eine Informationsreise zum Thema Hooliganismus unternommen. Ziel der Reise nach London, Amsterdam, Brüssel, Antwerpen und Freiburg im Breisgau war es, sich ein Bild über die Situation und die Lösungsansätze im Ausland zu machen.

Klare Strategie vonnöten

Die St.Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter führte vor den Medien aus, dass die Bekämpfung der Gewalt im Sport in den besuchten Ländern bei vergleichbarer Rechtsgrundlagen deutlich entschlossener erfolge als in der Schweiz. Die Zusammenarbeit aller Beteiligten sei enger und strukturierter und basiere auf einer klaren Strategie, wobei die Führung bei den Polizeibehörden liege.

Strengere Auflagen zahlen sich aus

Die Klubs und Behörden betrieben auch deutlich mehr Aufwand, um Personen, die gegen das Gesetz oder die Stadionordnung verstiessen, zu identifizieren und zu sanktionieren, was dazu geführt habe, dass die Gewalt rückläufig sei und die Spiele mit teilweise deutlich weniger Polizeiaufwand bewältigt werden könnten als in der Schweiz. Weiter falle auf, dass der gesetzliche Strafrahmen rascher ausgeschöpft werde und die Auflagen an Klubs und Stadionbetreiber sowie die Stadionordnungen strenger seien.

Auch Kinder sollen Spiele besuchen können

Die Mitglieder der KKJP-Reisedelegation waren sich einig, dass die Gewalt im Umfeld von Sport nicht mehr länger als gesellschaftliche Tatsache hingenommen werden dürfe und wieder ein friedliches Umfeld entstehen müsse, in dem auch Familien mit Kindern Spiele besuchen könnten.

Es darf nicht mehr so viel kosten

Keller-Suter betonte, dass die Polizeidirektoren auch nicht mehr bereit seien, weiterhin so viel Polizei aufzuwenden und dafür zu Lasten aller Steuerzahler so hohe Kosten in Kauf zu nehmen wie bisher. Die Polizeidirektoren wollen zusammen mit dem Bund in der KKJP-Herbstversammlung eine entsprechende Willenserklärung einholen. Das Ziel besteht darin, mit allen Partnern eine gemeinsames Vorgehen zu entwickeln, die in den Grundzügen zu Beginn der kommenden Fussballmeisterschaft festgelegt und dann schrittweise umgesetzt werden soll.

Beteiligung der Klubs

Im Rahmen dieses Vorgehens sollen die wichtigsten Grundsatzentscheide zu den Themen Alkohol und Ticketing, zur Beteiligung der Klubs an den Sicherheitskosten, zur Identifizierung und Sanktionierung von Gewalttätern oder zur Stadionordnung getroffen werden.